

Gemeinsame Verbände- erklärung: Bund muss jährlich 14 Mrd. € in Ver- kehrsinfrastruktur inves- tieren

14 Milliarden Euro muss die Bundesregierung jährlich zur Rettung der Verkehrsinfrastruktur investieren. Das fordern der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und weitere Verbände der Verkehrs- und Logistikwirtschaft sowie der Handel in einer gemeinsamen Erklärung, die auch vom ZDS unterzeichnet wurde.

Deutschland droht als Industrieland sowie als Logistikstandort und Tourismusland Schaden zu nehmen. Die Verkehrsinfrastruktur ist seit Jahren chronisch unterfinanziert. Erhalt, Aus- und Neubau von Verkehrswegen bleibt Kernaufgabe des Staates. Es muss gezielt und nach stringenten Prioritäten in Straße, Schiene und Wasserstraße investiert werden.

Die deutsche Verkehrsinfrastruktur hat zwischen 1980 und 2010 schon ein Achtel ihres Wertes verloren, wie eine Schätzung des Beratungsinstituts ProgTrans zeigt. Mit Ausnahme der Jahre 2009 und 2010 hat der Bund seit vielen Jahren weniger als zehn Milliarden Euro für die Verkehrswege aufgebracht. Die aktuelle Etatplanung sieht für die Jahre 2013 bis 2016 abermals nur rund zehn Milliarden Euro vor. Dabei sind die Anforderungen an eine qualitativ hochwertige Infrastruktur gestiegen. Und: Die Akzeptanz von Verkehrsinfrastrukturprojekten hängt wesentlich von ihrer schnelleren Ausführung ab. Dabei darf es keine weiteren staatlich administrierten monetären Belastungen der Mobilität geben.

Die Bundesregierung darf den entscheidenden Standortfaktor Verkehrsinfrastruktur nicht

länger verfallen lassen, sondern muss mehr in die Verkehrsinfrastruktur investieren, Mittel effizienter einsetzen und einen neuen gesellschaftlichen Konsens über die Bedeutung des Verkehrsnetzes finden.

Die gemeinsame Erklärung haben wir auf unserer Website: www.zds-seehaefen.de/information/positionen.html veröffentlicht.